

\*\*\*\*\*

**Liebe Leserinnen und Leser,**

fast 25 Jahre nach Tschernobyl erleben wir, und besonders die Japanerinnen und Japaner, Fukushima hautnah und tagesaktuell. Die Katastrophe ist im Gange und die Ereignisse, Nachrichten und Aktionen überschlagen sich. In einem Newsletter, der monatlich erscheint, ist es kaum möglich, in der erforderlichen Aktualität zu berichten. Wir verweisen da auf gut aufgestellte Internetseiten wie [www.contratom.de](http://www.contratom.de), [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de), [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org), oder [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de). Gerne ist auch der BBU bei der Informationsbeschaffung oder Vermittlung von ReferentInnen behilflich.

Es ist völlig offen, wie sich die Fukushima-Katastrophe weiter auswirken wird. Mogelpackungen wie kurzfristige „AKW-Abschaltungen“ treffen nicht den Kern und sind maximal der Tropfen auf den heißen Stein. Alle AKW und alle Atomanlagen müssen vom Netz. In Japan, in der Bundesrepublik, überall. Und das sofort! Für dieses Ziel kämpfen viele Menschen. Der BBU ruft auf: Jetzt nicht locker lassen! Beteiligt Euch an Aktionen, organisiert eigenständig Veranstaltungen und Proteste. Der BBU gibt dazu bestmöglich Hilfestellungen – benötigt dazu aber auch Unterstützung. Der BBU erhält keine Spenden von RWE, E.ON und Co. Daher der Aufruf an alle Leserinnen und Leser des Newsletter: Unterstützt den BBU aktiv und finanziell in seinem / unserem Kampf für den Sofortausstieg.

Die BBU-Newsletter-Redaktion wünscht Euch viel Kraft und positive Lebensenergie für die vielfältigen vor uns liegenden Aufgaben und Aktionen (Demos am 26.3. und 2.4., Montagsproteste, Demonstrationen am Ostermontag ...).

**1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle****Das BBU-Spendenkonto**

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666.

**Samstag (26.03): Mahnwache vor der BBU-MV!!****Was gibt es Schöneres im Leben ...**

... als sich zur BBU-Mitgliederversammlung zu begeben ...?

Diese Frage wurde im Februar-Newsletter des BBU gestellt, und sie wird jetzt letztmalig gestellt. Samstag (26.3.) ist der tag der BBU-Mitgliederversammlung. Sofern noch nicht geschehen sollten sich alle BBU-Mitglieder noch schnell anmelden. Wer sich noch spontan auf den Weg machen möchte, hier ein wichtiger Änderungshinweis:

Ebenfalls am Samstag finden 4 große Anti-Atomkraft-Demonstrationen (u. a. in Köln) statt. Der BBU-Vorstand hat über eine Vertagung der Mitgliederversammlung nachgedacht. Da aus Gründen der Dringlichkeit die MV in jedem Fall kurzfristig stattfinden muss, gleichzeitig aber auch an den folgenden Wochenenden Demonstrationen und wichtige Veranstaltungen stattfinden, wurde beschlossen: Die BBU-MV findet wie geplant am 26. März statt. Vorab wird aber vor dem Bonner Hauptbahnhof von 11.55 bis 13.00 Uhr eine Mahnwache für den sofortigen Atomausstieg durchgeführt. (Poststr., am Anti-Atom-Mahnmal). Wer also zur BBU-MV anreist, sollte vorab an der Mahnwache teilnehmen. (UB)

## 2. Themenbereiche

### Artenschutz

#### **Obstwiesenschutz in Hofheim – Einspruch jetzt!**

(UB) Seit Mitte März erfolgt in Hofheim die 2. Offenlage des B-Plans Vorderheide II (bis 15.04.2011). Unsere Mitgliedsbürgerinitiative vor Ort bittet um Unterstützung, und um viele Einsprüche (Kurzform oder ausführlich, aber fristgerecht!). Unter folgendem Link sind alle Unterlagen zum download, außer den umweltrelevanten Stellungnahmen und ein Entwässerungsplan:

[http://www.hofheim.de/Themen/Aktuell/Aktuelle%20Planungen/dienstleistung\\_hofheim/Foermliche\\_Offenlegung\\_Vorderheide\\_II.html](http://www.hofheim.de/Themen/Aktuell/Aktuelle%20Planungen/dienstleistung_hofheim/Foermliche_Offenlegung_Vorderheide_II.html). Zum Hintergrund:

[http://www.zeitfokus.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=269:wohngebiet-vorderheide-ii-stoppen&Itemid=153](http://www.zeitfokus.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=269:wohngebiet-vorderheide-ii-stoppen&Itemid=153)

#### **BBU: Artenschutz muss höheren Stellenwert erhalten**

Anlässlich des heutigen internationalen Tages der Artenvielfalt hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zu mehr Engagement für den Artenschutz aufgerufen.

Der BBU sieht hierzulande u. a. beim enormen Flächenverbrauch für Bebauungspläne aller Art sowie für den Fernstraßenbau Gefahren für die Artenvielfalt. Da die vorhandenen Flächen nicht vermehrt werden können, ruft der BBU zum sparsamen Umgang mit Flächen auf. So müssen beispielsweise Feuchtwiesenbereiche, Hecken in der freien Landschaft und Streuobstwiesen vor der Bebauung bewahrt werden. In der Verkehrspolitik muss noch mehr als bisher der Bahn Vorrang vor dem Straßenbau gewährt werden.

Im Bereich der Landwirtschaft spricht sich der BBU gegen den Einsatz von genmanipulierten Pflanzen und für alte, regional bedeutsame Gemüse- und Obstsorten aus. Gleichzeitig setzt der BBU auf den Bio-Landbau, damit nicht weiterhin mit der chemischen Keule Tier- und Pflanzenarten verdrängt werden.

Zu Beginn der Gartensaison empfiehlt der BBU im Gartenbereich auf den Einsatz von Torf zu verzichten. Weiterhin rät der BBU in den Gärten heimische Sträucher zu pflanzen, um Insekten, Vögeln und Kleinsäugetern naturnahe Lebensgrundlagen zu schaffen.

Global spricht sich der BBU zum internationalen Tag der Artenvielfalt besonders für den Schutz der Regenwälder und der Meere aus. Zur Durchsetzung der vielfältigen Aufgaben im Umweltbereich ruft der BBU die Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit in Umweltschutz-Bürgerinitiativen auf. Der BBU unterstützt auch die Gründung neuer Bürgerinitiativen.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 03.03.2011:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/03.03.11.htm>

#### **Natur- und Umweltschutzverbände sind für die Ausweisung des Naturschutzgebietes „Goorbach und Hornebecke“**

Mit Nachdruck haben sich Natur- und Umweltschutzverbände für die Ausweisung des Naturschutzgebietes "Goorbach und Hornebecke" ausgesprochen. Das geplante Naturschutzgebiet soll ca. 37 ha groß werden und liegt auf dem Stadtgebiet der Stadt Gronau und der Stadt Ochtrup.

Im Rahmen eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens haben sich der BBU und der AKU Gronau zustimmend an den Kreis Borken gewandt. In einem Schreiben heißt es, "laut Bekanntmachung im Amtsblatt für den Kreis Borken sollen Goorbach und Hornebecke unter Schutz gestellt werden. Das Vorhaben wird vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. begrüßt; der BBU ist der Dachverband des AKU Gronau. Die Unterschutzstellung der Bereiche Goorbach / Hornebecke ist längst überfällig und hätte bereits vor dem Bau der B 54n erfolgen sollen. Der Bau der B 54n hat einen radikalen Eingriff in die Landschaft bewirkt. Die verbliebene Natur ist daher umso dringender zu schützen. Schadstoffeinträge in die Bachläufe sind zu verhindern. Auch die Uferbereiche sind weiträumig vor Pestiziden und Nährstoffeintrag zu schützen, Auswirkungen des Autoverkehrs über die Straßenentwässerung und durch Industrieabwässer zu vermeiden."

Auch die gemäß Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Naturschutzverbände im Münsterland, zu denen auch der Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) gehört, befürworten die Unterschutzstellung von Goorbach und Hornebecke. Weitere Informationen über die Arbeit der Naturschutzverbände gibt es unter Tel. 02562-23125.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 08.03.2011:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/08.03.111.htm>

### Atomindustrie

#### **25 Jahre Tschernobyl / Fukushima hautnah / Ostermärsche: Ostermontag gegen Atomkraft**

(UB) Ein bundesweites Bündnis, dem auch der BBU angehört, plant derzeit für Ostermontag Kundgebungen und Demonstrationen an verschiedenen AKW-Standorten, bei (geplanten) Atommüll-Standorten und eine Demonstration zur einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau. Ausführliche Informationen, den Aufruf, Mobilisierungsmaterial usw. gibt es unter [www.tschernobyl25.de](http://www.tschernobyl25.de). Nähere Informationen zum Stand der Planungen gibt es auch beim AK Energie des BBU unter Tel. 02562-23125.

Die Planungen zu den Anti-Atomkraft-Aktionen erfolgen in Kooperation mit dem Netzwerk Friedenskooperative, um eine bestmögliche Abstimmung der Protestaktionen mit den bundesweiten Ostermarschaktivitäten zu erzielen. Eine Terminübersicht über bereits geplante Aktionen der Friedensbewegung (Ostermärsche) gibt es unter [www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

### **Neue Einspruchskampagne gegen grenznahe Uranfabrik**

Gegen den Ausbau der grenznahen Urananreicherungsanlage (UAA) im niederländischen Almelo regt sich erneut auch diesseits der Grenze Protest. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisiert die Fortsetzung des Genehmigungsverfahrens zum Ausbau der Anlage. Nach Auffassung des BBU darf die Anlage nicht ausgebaut werden, sondern muss stillgelegt werden, „und das sofort“, so der BBU.

Bereits im Jahr 2010 hatte der BBU Einsprüche gegen den Ausbau der UAA Almelo im Rahmen eines Vorverfahrens gesammelt und eingereicht. Jetzt können bis zum 30. März erneut Einsprüche gegen das Vorhaben beim zuständigen Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovation in Den Haag vorgetragen werden.

Der BBU weist darauf hin, dass Ostermontag ein Ostermarsch zur UAA in Almelo führen wird. Ebenfalls Ostermontag findet im Rahmen bundesweiter Anti-Atomkraft-Aktionen ein Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau statt, zu dem bereits jetzt in ganz Nordrhein-Westfalen mobilisiert wird. In Gronau, etwa 30 km östlich von Almelo, befindet sich die einzige deutsche Urananreicherungsanlage. Beide Anlagen gehören zum international verflochtenen Urenco-Konzern. Schon seit Jahren arbeiten Anti-Atomkraft-Initiativen beiderseits der Grenze gemeinsam gegen die Uranfabriken in Gronau und Almelo.

Wer die Sammlung von Einsprüchen gegen den Ausbau der UAA Almelo oder die Vorbereitungen zu den Ostermärschen unterstützen möchte, kann sich beim Arbeitskreis Energie des BBU unter Tel. 02562-23125 oder direkt in der Bonner Geschäftsstelle des BBU unter 0228-214032 melden.

Informationen zum aktuellen Genehmigungsverfahren gibt es im Internet unter

<http://www.rijksoverheid.nl/documenten-en-publicaties/vergunningen/2011/02/17/kennisgeving-vergunningaanvraag-uitbreiding-capaciteit-urengo.html>, Informationen zu den Ostermärschen unter <http://www.enschedevoorvrede.nl> und [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de).

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 24.02.2011,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/24.02.11.htm>.

BBU-Sammeleinspruch gegen den Ausbau der UAA Almelo:

<http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Almelo,%20BBU-Sammeleinspruch%20Maerz%202011.pdf>

### **28. Februar: Brokdorf vor 30 Jahren**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat heute an die Demonstration vor genau 30 Jahren (28.02.1981) gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf und gegen das gesamte damalige „Bonner Atomprogramm“ erinnert. Mehr als 100.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet hatten sich damals bei eisigem Winterwetter auf den Weg nach Brokdorf gemacht. Konfrontiert wurden sie mit einem Polizeieinsatz, der für viele Demonstrantinnen und Demonstranten zu einem schockierenden und prägenden Erlebnis wurde: Polizeikräfte trieben wehrlose Personen durch die Wilster Marsch und über dem ganzen Bereich kreisten Polizeihubschrauber und setzten immer neue Einheiten zur Verfolgung der Demonstrantinnen und Demonstranten ab. In einem Augenzeugenbericht heißt es: „Immer wieder donnern Hubschrauberstaffeln über unsere Köpfe, setzen seitlich und in unserem Rücken Hundertschaften ab. Eine erbarmungslose, mehrere Kilometer lange Jagd über Wiesen, Gräben und Viehzäune beginnt. Ein Hubschrauber fliegt wenige Meter über den Köpfen Heimziehender, vertreibt sie mit Triebwerkstrahlen und Rotorwirbel, es bräuchte nur der Wind kurz nachzulassen, der Hubschrauber würde ein paar Meter durchsacken und auf die Menschen fallen.“ (Atom Express Nr. 24, Mai 81, Seite 10)

Die Politisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung der 70er und 80er Jahre hat letztlich zu vielen Erfolgen der Anti-Atomkraft-Bewegung geführt:

- seit Ende der 80er Jahre wurde in der Bundesrepublik kein AKW mehr in Betrieb genommen
- der Bau einer Atommüll-Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) konnte, zuletzt in Wackersdorf, erfolgreich verhindert werden
- der Schnelle Brüter in Kalkar ging nicht in Betrieb
- sogar laufende Atomanlagen konnten gestoppt werden: Die Brennelementefabriken in Hanau.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 28.02.2011:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/28.02.11.htm>

### **39 Krebsfälle in der Samtgemeinde Asse**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in den erhöhten Krebsraten rund um das Atommüll-Lager Asse (Niedersachsen) ein wichtiges Argument gegen den weiteren Betrieb von Atomanlagen. „In den Jahren 2002 bis 2009 wäre für das Gebiet der Samtgemeinde Asse ein Krebsfall pro Jahr zu erwarten gewesen. Es sind aber in diesen 8 Jahren 18 Fälle aufgetreten.“ (Quelle: [www.asse2.de](http://www.asse2.de)). Der NDR berichtete kürzlich über insgesamt 39 Krebsfälle in der Samtgemeinde Asse. (Quelle: <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/harz/asse599.html>).

Der BBU, der bundesweit organisiert und vernetzt ist, erklärte heute, dass weiterhin völlig offen ist, wo der bereits angefallene Atommüll der Atomkraftwerke, Uranfabriken und Atomforschungsanlagen sicher und dauerhaft verbleiben soll. Der Salzstock in Gorleben und der Schacht Konrad bei Salzgitter sind als Atommüll-Endlager ungeeignet.

Aus einer BBU-Pressemitteilung, 04.03.2011, <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>.

### **Ein Rosenmontags-Zug der besonderen Art**

Während Rosenmontag (7. März) vielerorts Rosenmontagsumzüge stattgefunden haben, wurde in Ochtrup (Kreis Steinfurt) ein Rosenmontags-Zug der besonderen Art beobachtet: Ein Uranzug! Der Sonderzug bestand aus 12 rotbraunen Planen-Waggons und wurde von einer Lok der Bentheimer Eisenbahn gezogen. Er kam offenbar von der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau, der Nachbarstadt von Ochtrup. In Ochtrup wurde der Zug um 12.22 Uhr gesehen. Er fuhr weiter in Richtung Münster. Somit erreichte der Transport die westfälische Karnevalshochburg Münster genau zu einem Zeitpunkt, an dem sich der Karnevalsumzug durch Menschenmassen hindurchschlängelte. Im Münsterland wurden in der Vergangenheit wiederholt Sonderzüge beobachtet, die rund 1000 Tonnen Uranhexafluorid geladen hatten.

Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland fragen sich: Was hatte der Sonderzug am Rosenmontag geladen? Transportierte er durch die schunkelnden Städte und Gemeinden hochgefährliches Uranhexafluorid? Oder hatte er leere Urancontainer geladen? Diese geben auch radioaktive Strahlung ab und sind mitunter nicht zu 100% leer: 2010 wurde in der Gronauer Urananreicherungsanlage ein Arbeiter verstrahlt, weil ein angeblich leerer Urancontainer noch eine Restmenge Uranhexafluorid enthalten hatte. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verlangt jetzt Aufklärung darüber, was der Zug geladen hatte und mit welchem Ziel er unterwegs gewesen ist.

Aus einer BBU-PM vom 08.03.2011:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/08.03.11.htm>

### **BBU: In Japan ist eine völlig verheerende Situation entstanden**

Nach Auffassung des BBU ist in Japan eine völlig verheerende Situation entstanden. In zwei Atomkraftwerken sind Feuer ausgebrochen, Anwohner wurden zur Evakuierung aufgerufen.

Ein Erdbeben könnte auch in der Bundesrepublik zu massiven Schäden bei Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen führen. Aus diesem Grund, aber auch aus vielen weiteren Gründen wie der fehlenden Atommüllentsorgung und den Gefahren der Atomtransporte, fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, und das weltweit.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.03.2011

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/11.03.11.htm>

### **NRW-Landesregierung soll Uranexport von Gronau nach Japan stoppen**

Nach Auffassung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) löst die Situation in Japan nach dem schweren Erdbeben und vor dem Hintergrund brennender Chemie- und Atomanlagen weltweit Entsetzen, Mitgefühl mit der japanischen Bevölkerung und Hilflosigkeit aus. Massive Kritik übt der BBU an den Verantwortlichen in Politik und Industrie, die den Betrieb der Atomkraftwerke und Atomanlagen in Japan genehmigt und forciert haben. Gleichzeitig betont der BBU, dass es auch in anderen Ländern der Welt zu katastrophalen Situationen bei Atomanlagen als Folge von Naturkatastrophen kommen kann. Auch in der Bundesrepublik könnten Erdbeben zu massiven Schäden bei Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen führen. Aus diesem Grund, aber auch aus vielen weiteren Gründen wie der fehlenden Atommüllentsorgung und den Gefahren der Atomtransporte, fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, und das weltweit.

In der aktuellen Situation fordert der BBU auch ein konkretes Exportverbot für Uran aus der Bundesrepublik nach Japan. Der Urenco-Konzern, der im westfälischen Gronau die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage betreibt, liefert auch Uran nach Japan. In einer Hochglanzbroschüre rühmt sich Urenco: "Hier angereichertes Uran wird zu Brennelement-Fabriken transportiert, die 50 km nah in Lingen oder auch 20 000 km entfernt in Japan sein können.". Der BBU fordert, dass kein Kilogramm Uran mehr von Gronau nach Japan geliefert werden darf. "Die rot-grüne Landesregierung ist da gefordert aktiv zu werden, damit nicht noch mehr Nuklearmaterial in das von Erdbeben erschütterte Land gelangen kann", so der BBU.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.03.2011:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/12.03.11.htm>

### **100 Demonstrantinnen und Demonstranten vor der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau**

Am Montagabend (14.03.2011) haben rund 100 Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegner vor der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau eine Mahnwache abgehalten. Nach der Ballung verheerender Katastrophen in Japan, die für zahllose Menschen unfassbares Leid und Elend gebracht haben, wurde mit der Mahnwache der Betroffenen in Japan gedacht. Gleichzeitig wurde für den Atomausstieg demonstriert. Bundesweit hatten die Organisation "ausgestrahlt" und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zur Teilnahme an dezentralen Aktionen aufgerufen. Insgesamt haben sich an über 400 Orten rund 110.000 Menschen beteiligt (siehe [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)).

Aus einer Pressemitteilung des AKU Gronau vom 15.03.2011. Der AKU ist eine Mitgliedsinitiative des BBU

### **Neue Internetseite für die landesweite Demonstration am Ostermontag zur Urananreicherungsanlage**

Am Ostermontag (25. April) wird im westfälischen Gronau (Kreis Borken) eine Demonstration zur einzigen deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) führen, zu der in ganz Nordrhein-Westfalen mobilisiert wird. Hauptanlass der Demonstration, die Ostermontag um 14.00 Uhr am Gronauer Bahnhof beginnt, war ursprünglich der 25. Jahrestag

der Tschernobylkatastrophe (26.04.1986). Durch die Katastrophen-Ereignisse in Japan hat der Aufruf zur Demonstration in Gronau traurige Aktualität erhalten. Der landesweite Trägerkreis "Gronauer Ostermarsch" hat jetzt eine eigene Internetseite, auf der wichtige Informationen rund um die Demonstration zur Urananreicherungsanlage abgerufen werden können: [www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de). Die Seite wird ständig aktualisiert und wird auch bald darstellen, wo in NRW bereits Sonderbusse nach Gronau organisiert werden.

Die Demonstration in Gronau findet im Rahmen bundesweiter Anti-Atomkraft-Demonstrationen statt. Koordinierte Proteste werden Ostermontag an 12 Atomstandorten durchgeführt. Informationen über alle bundesweiten Demonstrationen, die für Ostermontag geplant sind, findet man unter [www.tschernobyl25.de](http://www.tschernobyl25.de). In Gronau findet die zentrale Anti-Atomkraft-Demonstration für ganz Nordrhein-Westfalen statt.

Mit der Demonstration soll in Gronau an die zahlreichen Opfer der Atomindustrie erinnert werden. Gleichzeitig soll gegen die militärische und gegen die sogenannte zivile Nutzung der Atomenergie demonstriert werden. Gefordert wird der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie.

*Aus einer Pressemitteilung des landesweiten Trägerkreises „Gronauer Ostermarsch“ in NRW vom 22.03.2011.*

### **Atomkraft verfassungswidrig**

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) warnt davor, bei einem sogenannten "Sicherheitscheck" vor den Konzerninteressen einzuknicken: "Der Betrieb von Atomkraftwerken ist grundrechtswidrig, es ist rechtlich kein Problem die Anlagen abzuschalten." Die Gorleben-Gegner erinnern an eine alte Position der Anti-Atom-Bewegung, die jetzt durch Prof. Dr. Felix Ekardt untermauert wird. Der Jurist vom Rostocker Ostseeinstituts für Seerecht, Umweltrecht und Infrastrukturrecht stellte in einer Presseerklärung klar, selbst wenn man die relativ atomfreundliche Verfassungsinterpretation des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zugrunde lege, sei die Atomkraft spätestens seit den Erkenntnissen aus Japan verfassungswidrig. Das BVerfG habe seit dem Kalkar-Urteil 1978 stets betont, dass die Atomenergie nur "derzeit" noch verfassungskonform sei, da ihr Gefährdungspotenzial bisher nur bloße Theorie sei. Dies habe sich jetzt ersichtlich geändert, da man bei den japanischen Erfahrungen mit den Folgen Stromausfallbedingt ausfallender Kühlsysteme nicht (wie bei Tschernobyl) mehr sagen kann, Derartiges könne in Deutschland nicht vorkommen. Vor diesem Hintergrund Sei auch ein endgültiger Widerruf der Kraftwerksgenehmigungen nach § 17 Atomgesetz möglich. Ferner müsse der Gesetzgeber einen zügigen Atomausstieg beschließen.

Die Gorleben-Gegner sehen sich durch den Rostocker Rechtswissenschaftler bestätigt, aber warnen davor, den Juristen die Klärung zu überlassen. "Jeder weiß, gerade erst hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Profitinteressen der vier Atomstromproduzenten mit der Verlängerung der Laufzeiten bedient, es wird also entscheidend vom Druck der Straße und von Wahlergebnissen abhängen, ob Sicherheit wirklich vor Profit geht", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Die Gorleben-Gegner werden am kommenden Samstag als "Wendlandblock" auf der Hamburger Ausstiegsdemo demonstrieren. Eine Woche später, am 2. April, wird im "nuklearen Dreieck" zwischen den Zwischenlagern und der Endlagerbaustelle in Gorleben bereits die nächste Kundgebung stattfinden, ein Protestmarsch beginnt um 12 Uhr in Gedelitz.

*Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 23.03.2011; die BI gehört dem BBU an.*

*Infos: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>*

## **C02-Endlagerung**

### **Neuer Entwurf des CCS-Gesetzes erlaubt verschmutztes Kohlendioxid in den Untergrund zu injizieren**

Der neue Gesetzesentwurf zur Endlagerung von Kohlendioxid im Untergrund belegt deutlich, dass die Sicherheit der Bürger immer noch zweitrangig ist. Da an die Konzerne keine Forderungen bezüglich des Reinheitsgrades des einzulagernden Kohlendioxids gestellt werden, müssen die Bürger akzeptieren, welcher Verschmutzungsgrad bei der Injektion für die Konzerne wirtschaftlich vertretbar ist. Je mehr Schwefeloxide und Sauerstoff das einzulagernde CO<sub>2</sub> verschmutzen, umso höher ist die Gefahr, dass sich die Rohrleitungen bei der Injektion zersetzen. Diese Rohre führen durch Grundwasserschichten, die für die Trinkwasserversorgung notwendig sind. Wenn Leckagen auftreten, gelangt das Kohlendioxid mit all seinen Verschmutzungen direkt in den Grundwasserleiter.

Der VSR-Gewässerschutz und der BBU halten die fehlenden Grenzwerte für die Gaszusammensetzung für eine extreme Gefährdung der Trinkwasservorräte. Im Gesetzesentwurf ist im § 24 unter Anforderungen an Kohlendioxidströme festgelegt, dass der Anteil des Kohlendioxid nur so hoch sein muss, wie dies nach dem Stand der Technik bei der jeweiligen Art der Anlage mit verhältnismäßigen Aufwand erreichbar ist. Die Höhe des Verschmutzungsgrades wird somit zur wirtschaftlichen Entscheidung des Anlagenbetreibers. Sollte dieser Entwurf, wie vorgesehen verabschiedet werden, dann sind die Menschen in den zur Endlagerung vorgesehenen Gebieten hochgradig gefährdet.

*Auszug aus der gemeinsamen Presseerklärung vom 23.02.11*

*[www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/23.02.11.pdf](http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/23.02.11.pdf)*

*Harald Gülzow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BBU*

## **Wissenschaftler arbeiten unbeirrt weiter an der Vorbereitung des CO<sub>2</sub>-Endlagers**

Mit den Bodenmessungen ist bereits am 07.03. begonnen worden, im Zeitraum vom 15. bis 18.03. geht es dann mit einem Hubschrauber 50m akribisch hinweg über Maxdorf, Mahlsdorf und die B71 (s. Seite 2). Mit geo- und magnetischen Messungen will die Universität Kiel die Idee für eine mögliche Überwachung des CO<sub>2</sub>-Endlagers prüfen. Aus diesem Grund werden in einem kleinen Teilgebiet von 15km<sup>2</sup> des späteren gesamten Überwachungsgebietes über Maxdorf, Mahlsdorf und der B71 die Untersuchungen stattfinden. Für die Bürgerinitiative Kein CO<sub>2</sub> Endlager Altmark sind dieses alarmierende Signale, die verdeutlichen das die Wissenschaft mit Unterstützung des Bundes und den Energiekonzernen unbeirrt an den Vorbereitungen für ein CO<sub>2</sub>-Endlager in der Altmark festhalten. Bei voraussichtlichen Erlösen von 30 bis 48€ pro Tonne abgespeichertem CO<sub>2</sub> geht es doch dann später auch um viel Geld, bei voller Ausschöpfung der Kapazitäten in der Altmark von 250 bis 500 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> unter der Altmark um genauer 7,5 bis 24 Milliarden Einnahmen für die beteiligten Energiekonzerne. Und die Wissenschaft mischt kräftig mit in diesem Spiel, denn Energiekonzerne finanzieren die Forschung zur CO<sub>2</sub>-Speicherung mit bis zu 50%. Welch Wissenschaftler kann da in Anbetracht seines eigenen Einkommens, der Sicherung seiner Position und der seiner Mitarbeiter nicht schwach werden, sich mit ganzen Kräften für die Umsetzung der CCS-Technologie einzusetzen. Die Altmark hat Flagge gezeigt, parteiübergreifend wird das CO<sub>2</sub>-Endlager von Mitgliedern der Einheitsgemeinden in der Altmark, des Landkreises Salzwedel und den Parteien im Land abgelehnt. Und die Altmark steht damit nicht alleine, sondern hat mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Bürgerinitiative in Brandenburg, den Wasser- und Bauernverbänden wichtige Verbündete in der Ablehnung der CCS-Technologie. Bisher hat sich die Bundesregierung nicht getraut den bereits seit Juli 2010 vorliegenden CCS Gesetzentwurf im Kabinett zu besprechen und in den Bundestag einzubringen.

Aus einer Pressemitteilung der „Bürgerinitiative Kein CO<sub>2</sub> Endlager Altmark“ vom 10.03.2011. Aktuelle Infos der BI, die dem BBU angeschlossen ist, unter [www.kein-co2-endlager-altmark.de](http://www.kein-co2-endlager-altmark.de).

## **Gewässerschutz**

### **Pflanzenschutzmittelabsatz in Deutschland steigt – Eintrag in die Gewässer ebenso**

In dem vom Umweltbundesamt vor kurzem veröffentlichten Bericht: „Daten zur Umwelt - Ausgabe 2011 Umwelt und Landwirtschaft“ ist zu entnehmen, dass nach einer bis 2005 andauernden Stagnationsphase der Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln erneut angestiegen ist. Als mögliche Ursache werden im Bericht der Wegfall der konjunkturellen Flächenstilllegung, die zunehmende Einführung pflugloser Bodenbearbeitungsverfahren, sowie die durch den Bioenergie-Boom ausgelöste Ausweitung des Anbaus von Mais und Raps genannt. <http://www.uba.de/uba-info-medien/4056.html>

Der VSR-Gewässerschutz sieht diese Entwicklung sehr kritisch. Diese Pflanzenschutzmittel (Pestizide) werden ins Grundwasser und über Drainagen direkt in die Bäche ausgewaschen. Außerdem kommt es durch Abschwemmungen und Verwehungen zu einer weiteren Belastung der Gewässer. Besonders bei Raps und Mais, die zur Energienutzung angebaut werden, werden große Pestizidmengen eingesetzt. Auch die deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall sieht hier eine Gefahr für die Gewässer: „Gerade im intensiven Mais- und Rapsanbau werden bevorzugt Wirkstoffe (Bentazon, Terbuthylazin, S. Metolachlor, Metazachlor) eingesetzt, die aus Sicht des Gewässerschutzes problematisch sind und besonders häufig in Gewässern nachgewiesen werden.“ so im Merkblatt DWA-M907.

Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende im VSR-Gewässerschutz

### **Zum Weltwassertag 2011 fordert der BBU und der VSR-Gewässerschutz die Bürger auf das Regenwasser auch in den urbanen Bereichen zu versickern**

Der VSR-Gewässerschutz und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) weisen auf die Notwendigkeit hin, anfallendes Regenwasser vor Ort zu versickern und so die Gefahr von Überschwemmungen abzuwenden. Der Klimawandel wird zukünftig zu stärkeren Niederschlägen und gleichzeitig zu langen Trockenperioden in den Städten führen.

„Wasser für die Städte: Antwort auf urbane Herausforderungen“ lautet das diesjährige Thema des Weltwassertages, der jedes Jahr am 22. März stattfindet. Der VSR-Gewässerschutz wird an seinen Informationsständen in den kommenden Monaten die Bürger über die Vorteile des „naturnahen“ Umgangs mit Regenwasser informieren und beraten welche Möglichkeiten zur Versickerung und Entsiegelung der Flächen sinnvoll sind. Insbesondere Hausbesitzer mit Gartenbrunnen sollten darauf achten, dass sie nicht nur Wasser entnehmen, sondern auch zur Grundwasserneubildung beitragen. Je mehr Regenwasser in einer Stadt versickert wird, umso mehr Grundwasser kann neu gebildet werden.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung (VSR-Gewässerschutz + BBU) vom 17.03.2011,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202011/Weltwassertag%202011.pdf>

#### **Impressum**

**BBU-Newsletter Nr. 3/ 2011**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax ) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.04.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.